

Stand: 09.05.2026 11:49:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3601

"Antragspaket Klimaschutz V - Konzept für die Reduzierung der CO₂- Emissionen im Verkehr"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3601 vom 22.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4953 des UV vom 13.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/5107 vom 03.02.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 03.02.2015



Antrag

der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen, Andreas Lotte SPD**

Antragspaket Klimaschutz V – Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, mit welchem Maßnahmen / Instrumenten und in welchen Zeitabläufen die energiebedingten CO₂-Emissionen durch den Verkehr in Bayern reduziert werden können.

Begründung:

Seit Jahren rühmt sich die Staatsregierung für ihre klimafreundliche Verkehrspolitik. Gleichzeitig hat sich Bayern beim Vergleich der Bundesländer im Mobilitätsindex vom 11. Platz auf den vorletzten 15. Platz verschlechtert. Besonders im Index-Teilbereich Luftqualität und CO₂-Ausstoß rangiert Bayern auf dem letzten Platz. Eine Begründung für das schlechte Abschneiden Bayerns in diesem Index-Teilbereich ist seit Jahren die Statistik-Lücke beim Klimaschutz. Demnach ist Bayern das einzige Bundesland, das seine CO₂-Emissionen nach der Verursacherbilanz nicht veröffentlicht.

Der Bundesländerindex Mobilität wird von der „Allianz pro Schiene“, einem Zusammenschluss von 20 Non-Profit-Verbänden und über 100 Unternehmen aus der gesamten Eisenbahnbranche sowie mit wissenschaftlicher Unterstützung veröffentlicht. Sein Ziel ist es, eine Vergleichbarkeit der „Verkehrspolitiken“ aller 16 Bundesländer herzustellen. Die politischen Weichenstellungen in Bayern weisen eindeutig zu wenig in Richtung Nachhaltigkeit.

Aufgrund des schlechten Abschneidens von Bayern im Länderranking wird die Staatsregierung aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, in dem aufgezeigt wird, mit welchen Maßnahmen / Instrumenten und in welchen Zeitabläufen die energiebedingten CO₂-Emissionen durch den Verkehr in Bayern reduziert werden können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl,
Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD**
Drs. 17/3601

**Antragspaket Klimaschutz V - Konzept für die Reduzierung der
CO₂- Emissionen im Verkehr**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Hans Ritt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 13. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen, Andreas Lotte SPD**

Drs. 17/3601, 17/4953

Antragspaket Klimaschutz V – Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Harry Scheuenstuhl

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Florian von Brunn

Abg. Benno Zierer

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Hans Ritt

Staatsministerin Ulrike Scharf

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 4 bis 8 auf:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.

a. (SPD)

Antragspaket Klimaschutz I - Vergleichbare Klimaschutzziele für Bayern

(Drs. 17/3597)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.

a. (SPD)

Antragspaket Klimaschutz II - Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für

Bayern (Drs. 17/3598)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.

a. (SPD)

Antragspaket Klimaschutz III - Ehrliches Treibhausgas-Monitoring und

Klimaschutzbeirat für Bayern (Drs. 17/3599)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.

a. (SPD)

Antragspaket Klimaschutz IV - Langfristige, verbindliche Klimaschutzziele für

Bayern bis 2050 (Drs. 17/3600)

und

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.

a. (SPD)

Antragspaket Klimaschutz V - Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr (Drs. 17/3601)

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Vielleicht können wir uns beruhigen, damit wir die einzelnen Themenbereiche mitbekommen.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Harry Scheuenstuhl von der SPD. – Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, jetzt wird es ernst. Vorhin haben wir die Theorie behandelt. Jetzt kann jeder beweisen, wie ernst er es mit dem Klimaschutz meint. Zeigen Sie der Bevölkerung, dass Sie keine Dampfplauderer sind, sondern auf diesem Gebiet wirklich etwas bewegen wollen. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen und unserer Natascha Kohnen, die sich im Bereich Energie besonders profiliert hat und das Thema hervorragend begleitet, im Namen der Fraktion einen herzlichen Dank für ihre hervorragende Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf unserer Erde wird es immer wärmer. Der Hauptgrund dafür ist die Freisetzung von Treibhausgasen durch die Verbrennung von Erdöl, Gas und natürlich Kohle. Der Klimawandel macht auch vor unserem schönen Bayernland nicht halt. So ist die Durchschnittstemperatur im Freistaat in den letzten 100 Jahren von acht auf neun Grad angestiegen. Die Sommertage haben zugenommen, die Eistage deutlich abgenommen. Langfristig muss der Süden Bayerns mit 20 bis 30 % mehr Niederschlag rechnen, während der ohnehin schon trockene Norden Bayerns noch trockener wird. Die Alpen sind mit einem Temperaturanstieg von mehr als

1,5 Grad Celsius in den letzten 100 Jahren besonders dramatisch von dieser Entwicklung betroffen. Uns droht ein Szenario mit unabsehbaren Folgen. Es drohen Ernte- und Viehzuchtverluste, schlechte Wasserqualität sowie eine massive Zunahme des Überflutungsrisikos.

Um diesen katastrophalen Folgen des global wirkenden Klimawandels entgegenzuwirken, haben sich die Industrieländer bereits im Jahr 1997 mit dem Kyoto-Protokoll darauf geeinigt, das Niveau der Treibhausgas-Emissionen im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 um 5,2 % zu reduzieren. Als Folge dieser europäischen Richtungsentscheidung hat die damalige Bundesregierung ein integriertes Energie- und Klimaprogramm beschlossen, welches bis zum Jahr 2030 eine Minderung der klimaschädlichen Treibhausgase um 40 % vorsieht. Bis zum Jahr 2050 soll dieser Wert bei 80 bis 95 % liegen. 2014 war übrigens das wärmste Jahr seit 1881, als mit den regelmäßigen Messungen begonnen wurde.

Manche werden sich jetzt fragen, was ein Land unserer Größenordnung schon ausrichten kann. Da möchte ich meinen Vorredner Sandro Kirchner zitieren, der gesagt hat, wir sollen Vorreiter sein. Wir sollten wirklich Vorreiter sein. Deshalb sollten wir als Industrieland und als Land, das das nötige Know-how hat, den anderen zeigen, wie es geht, den Energiewandel und den Klimawandel zu stemmen.

Wir haben deshalb folgendes Antragspaket geschnürt: Wir fordern die Staatsregierung auf, alle Treibhausgas-Emissionen in Bayern kontinuierlich statistisch zu erfassen und daraus – das betone ich jetzt ganz besonders – ein mit Bundeszielen vergleichbares Minderungsziel für Treibhausgas-Emissionen auf Basis von CO₂-Äquivalenten vorzugeben. Alle Treibhausgas-Emissionen, das heißt auch die nicht energiebedingten Treibhausgas-Emissionen aus CO₂, Methan und Lachgas, sollten nämlich erfasst werden. In Bayern beschränkt sich das derzeitige Klimaziel aber auf energiebedingte CO₂-Emissionen. Andere Emissionen werden entgegen der bisherigen Meinung der Staatsregierung, die durch die Kollegen im Umweltausschuss vorgetragen wurde, nicht berücksichtigt. Belege ergeben sich aus Antworten auf Anfragen der SPD aus

den Jahren 2010 und 2011. Hier wird nur von energiebedingten CO₂-Emissionen gesprochen. Bis zum Jahr 2014 wurde immer wieder von einer Berücksichtigung der energiebedingten CO₂-Emissionen gesprochen. Der damalige Minister Huber sitzt hier. Im Jahr 2014 haben Sie das persönlich gesagt: Bis zum Jahr 2020 sollen die energiebedingten CO₂-Emissionen in Bayern pro Kopf und Jahr auf deutlich unter sechs Tonnen gesenkt werden. Das ergibt sich aus Ihrer eigenen Pressemitteilung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, künftig muss Klarheit herrschen. Die Vernebelungstaktik der CSU muss ein für alle Mal ein Ende finden. Aus diesem Grund fordern wir, dass allen Treibhausgas-Emissionen Beachtung geschenkt wird. Das darf nicht nach Lust und Laune der jeweiligen Ministerin oder des jeweiligen Ministers geschehen. Wir fordern die Staatsregierung auf, ein integriertes Klima- und Energiekonzept vorzulegen; denn Energiepolitik und Klimaschutz gehören nun einmal zusammen. Ein solches Konzept ist dann sinnvoll, wenn die Klimaschutzziele mit Sektorenzielen wie zum Beispiel Verkehr – vergleichen Sie dazu bitte unseren Antrag Nummer 5 –, Industrie oder Haushalt verbunden werden und wenn Strategien und Maßnahmen hinterlegt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein jährliches Treibhausgas-Monitoring für Bayern vorzulegen. Im Rahmen dieses Monitorings soll die Wirksamkeit von Klimaschutzmaßnahmen im Hinblick auf die Klimaschutzziele regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls Anpassungsmaßnahmen vorgeschlagen werden. Beim Monitoring sind die Beiträge und Wechselwirkungen durch Klimaschutzmaßnahmen seitens des Bundes sowie der Europäischen Union zu berücksichtigen. Ein Klimaschutzbeirat, der sich aus den Mitgliedern der Bayerischen Klima-Allianz zusammensetzen könnte, soll die Umsetzung der Strategien und Maßnahmen sowie das Erreichen der Klimaschutzziele begleiten. Außerdem fordern wir die Staatsregierung auf, bis zum Jahr 2050 vergleichbare Klimaschutzziele für Bayern gesetzlich festzulegen und eine landesgesetzliche Konkretisierung des Klimaschutzbelangs, die beim Vollzug klimarelevanter Entscheidungen zu berücksichtigen ist, herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Übrigens haben wir sehr viel Zeit verloren. Die CSU hat unser Klimaschutzgesetz 2013 abgelehnt. Wir hätten viel mehr erreichen können. Wie wir vorhin gehört haben, handelt es sich bei der Staatsregierung um wahre Energieeinsparer. Klimaschutz ist ein Generationenthema und ein Thema der sozialen Gerechtigkeit. Hier sind langfristige und vor allem verbindliche Ziele notwendig. Wir wollen, dass auch künftige Generationen sauberes Wasser trinken, eine schadstoffarme Luft einatmen und sich an der schönen Natur Bayerns erfreuen können.

Wir haben – das als Schlussbemerkung – gehört, dass Herr Huber am vergangenen Donnerstag behauptet habe, bei der 10-H-Regelung bzw. bei der Festlegung von Standorten für Windkraftanlagen könnten die Gemeinden erst aufgrund der neuen Gesetze eingreifen. Ich weise das mit Entschiedenheit zurück und möchte Herrn Huber bitten, sich doch einmal zu erkundigen. Auch über den Regionalplan, in dem die Standorte für Windkraftanlagen festgelegt sind, könnten die Gemeinden eingreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, unserem Klimaschutzpaket zuzustimmen. Reden Sie nicht nur in der Aktuellen Stunde darüber, sondern lassen Sie Ihren Worten auch Taten folgen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Jetzt bitte ich die Kollegin Schorer-Dremel zum Rednerpult.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste!

Der Schutz der Umwelt, der Ressourcen und des Klimas erfordert, dass alle auf internationaler Ebene Verantwortlichen gemeinsam handeln und bereit sind, in gutem Glauben, dem Gesetz entsprechend und in Solidarität mit den schwächsten Regionen unseres Planeten zu arbeiten.

Dieses Zitat von Papst Benedikt XVI. aus dem Jahr 2009 zeigt, dass unser Klima und der Klimaschutz uns alle angehen, dass der Klimaschutz eine Aufgabe ist, die wir im Interesse von uns, aber auch im Interesse unserer Kinder, Enkelkinder und Urenkel gemeinsam erfüllen müssen. Ich denke, darüber sind wir uns im Hohen Haus alle einig. Die Frage ist nur: Wie können wir das erreichen? Hier kann man verschiedene Wege beschreiten und sicherlich auch unterschiedlicher Auffassung sein.

Um nicht zu weit auszuholen, möchte ich mich in meiner Rede auf zwei Punkte beschränken, nämlich auf die langfristigen Klimaziele und das Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Staatsregierung auf, verbindliche Klimaschutzziele bis 2050 festzulegen und gesetzlich zu verankern. Dies deckt sich mit dem Gesetzentwurf der SPD vom 27. Mai 2013 zur Förderung des Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes.

Eine Festlegung gesetzlich verankerter verbindlicher Klimaschutzziele auf Landesebene ist jedoch problematisch, weil die Einflussmöglichkeiten aufgrund der EU- und Bundesgesetzgebungskompetenzen begrenzt sind. Die EU- und bundesrechtlichen Vorschriften setzen den Ländern enge Grenzen bei der Festlegung und Erreichung selbst gesteckter Klimaschutzziele. Für die Aufstellung und Einhaltung von Klimaschutzzielen auf internationaler Ebene ist die Bundesregierung völkerrechtlich verantwortlich. Dies gilt auch für die Klimaschutzziele der EU, zu deren Erreichung sich die Bundesregierung im Rahmen der Aufteilung von Minderungsbeiträgen, dem sogenannten Effort Sharing, verpflichtet.

Eine rechnerische Aufteilung von Minderungspflichten auf die einzelnen Bundesländer gibt es nicht. Wegen der bundesweit unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Ausgangssituationen ist eine direkte Übertragung von Minderungszielen des Bundes auf die Länder auch nicht zielführend. Es macht im Hinblick auf CO₂-emittierende Heizungsanlagen und den Straßenverkehr eben einen großen Unterschied, ob die Bevölkerungszahlen mittel- und langfristig stabil sind, wie bei uns in Bayern, oder ob sie sin-

ken, wie etwa in Nordrhein-Westfalen. Gleiches gilt für die Wirtschaftsleistung, insbesondere des produzierenden Gewerbes und der Industrie. Auch insofern verzeichnet Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern zum Glück Zuwächse.

Auch die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen energiepolitischen Ausgangssituationen sind zu berücksichtigen. So gibt es etwa in Nordrhein-Westfalen einen hohen Anteil an Braunkohlestrom mit hohen CO₂-Emissionen und ein dementsprechend hohes CO₂-Minderungspotenzial. Bei uns sieht es bekanntlich anders aus.

Wegen all dieser und noch weiterer landesspezifischer Unterschiede, die man nicht wegdiskutieren kann, dürfen im Hinblick auf die Klimaschutzziele nicht alle Länder über einen Kamm geschoren werden. Gleichwohl dürfen die Länder auch nicht unabhängig voneinander gesehen werden; denn CO₂-Emissionen machen vor Bayerns Grenzen nicht halt. Das muss uns beunruhigen.

Werfen wir einmal einen Blick auf die 30 Kraftwerke mit den höchsten absoluten CO₂-Emissionen in Deutschland. Keines davon steht in Bayern.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Noch nicht!)

Ganz kurz: In Nordrhein-Westfalen stehen vier mit einer jährlichen Emission von 91,8 Millionen Tonnen CO₂, in Sachsen drei mit 36,6 Millionen Tonnen CO₂ - nur um Ihnen ungefähr ein Bild von den Zahlen zu geben.

(Florian von Brunn (SPD): Und Sie müssen die 46 % Atomstrom ersetzen!)

In den Klimaschutzgesetzen der anderen Bundesländer, speziell in den Gesetzen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, sind die Treibhausgas-Minderungsziele ebenfalls nicht verbindlich festgelegt, sondern es sollen bestimmte Minderungen erreicht oder angestrebt werden. Dort wird flexibel auf anstehende Entwicklungen und Herausforderungen reagiert. Trotz aller Unterschiede sind Klimaziele auf Landesebene eine wichtige Voraussetzung. Das bayerische Kabinett hat am 8. Juli 2014 das "Kli-

maschutzprogramm Bayern 2050" verabschiedet. Dieses wurde nach Anhörung gesellschaftlicher Akteure vom Umweltministerium federführend erarbeitet. Es basiert auf drei bewährten Säulen: Minderung von Emissionen, regionale Anpassung an die Folgen des Klimawandels und Ausbau der Forschung zur weiteren Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen. Bayern hat dafür allein von 2008 bis 2014 eine Milliarde Euro ausgegeben und im jetzigen Doppelhaushalt 170 Millionen zur Verfügung gestellt.

In Anlehnung an das europäische Minderungsziel sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 % reduziert werden. Das heißt, pro Kopf und Jahr sollen sie um zwei Tonnen reduziert werden. Das ist ein vernünftiges Ziel mit hohen Ansprüchen, da wir in Bayern – das darf ich sagen – zwar auf einer Insel der Seligen leben, aber auf keiner vom Bund und Europa unabhängigen Insel. Daher ist das Anliegen der SPD, langfristig Klimaziele gesetzlich festzuschreiben, auf Landesebene allein nicht zu erfüllen. Ich meine, das Erreichen der Klimaschutzziele muss über Bayern hinaus gesehen werden. Hier sehe ich auch Energieminister Gabriel in der Pflicht, sich in den emissionsreichen Bundesländern für eine deutliche Verringerung einzusetzen, wozu er auch im Zuge der Weltklimakonferenz im letzten Jahr aufgefordert wurde.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Noch nicht, im Anschluss, bitte. – Treibhausgas-Emissionen sind aber nicht nur auf die Energieerzeugung, sondern auch auf den Verkehr zurückzuführen. Hier beklagt die SPD, dass Bayern im Bundesländerindex Mobilität 2013 schlecht abgeschnitten habe, und fordert nun die Staatsregierung auf, ein Konzept zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr vorzulegen.

Dazu zwei Anmerkungen: Erstens. Das bayerische Abschneiden beim Mobilitätsindex beruht auf einer verzerrten Darstellung. Dieser Index ist ein Länderranking des Interessenverbandes "Allianz pro Schiene". Das schlechte Abschneiden, das hier moniert

wird, ist nicht auf fehlendes Engagement des Freistaates zurückzuführen, sondern darauf, dass wir an dem Ranking gar nicht teilgenommen haben. Ebenfalls nicht teilgenommen haben Brandenburg, Hamburg und Niedersachsen, mit Bayern also insgesamt ein Viertel der deutschen Bundesländer. Das ist nicht aussagekräftig. Das ist genauso, wie wenn in der Formel 1 Sebastian Vettel gar nicht mitfahren würde, keine Punkte bekäme und in der Fahrerwertung auf dem letzten Platz landet. Was sagt das über die Fahrkünste des Weltmeisters aus? – Nichts!

Auch dem Hinweis auf eine Statisticklücke muss widersprochen werden. Es gibt nämlich zwei unterschiedliche Erhebungsmodalitäten, das sind die Verursacherbilanz und die Quellenbilanz. Die Bayerische Staatsregierung hat sich ganz bewusst für die Quellenbilanz entschieden. Diese weist auf der Basis des bayerischen Energieverbrauchs die realen CO₂-Emissionen in Bayern aus. Wenn wir wie die EU die Quellenbilanz als Grundlage haben, woanders aber die Verursacherbilanz verwendet wird, dann haben wir zwei unterschiedliche Projekte, die wir nicht miteinander vergleichen können. Zu meinem zweiten Punkt. Es gibt bereits ein Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr. Dessen Ziel, mit dem Zeithorizont 2020, ist es, die Energieeffizienz im Verkehr nachhaltig zu steigern, sodass der Ausstoß von Klimagas reduziert und gleichzeitig die Mobilität im Personen- und Güterverkehr gewährleistet wird. Dies geschieht bereits. Deshalb können wir, auch wenn der Ansatz positiv ist, den beiden Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Florian von Brunn möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Florian von Brunn (SPD): Liebe Frau Kollegin, Sie haben darauf hingewiesen, dass Bayern im Moment noch - ich betone: im Moment noch - eine relativ gute CO₂-Bilanz hat. Das ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass seit dem Jahr 1900 die Wasserkraft in Bayern ausgebaut worden ist. Das ist keine Errungenschaft, die sich

die CSU zuschreiben kann. Darauf sollte man im Zusammenhang mit der Aktuellen Stunde doch verweisen. Ein weiterer Grund für die relativ gute CO₂-Bilanz ist der Umstand, dass wir einen Atomstromanteil von 46 % haben. Mich würde interessieren, ob Sie eine Einschätzung abgeben können, wo Bayern im Hinblick auf die CO₂-Bilanz stehen würde, wenn Sie in Bayern die Atomkraftwerke abschalten.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich sage ganz ehrlich: Ich kann diese Frage mit Zahlen nicht beantworten. Da müsste ich nachfragen. Ich meine aber, dass Bayern nicht unabhängig von den CO₂-Emissionen ist, die in den Ländern um uns herum entstehen. Diese Emissionen kommen ebenfalls bei uns an. Deshalb müssen die CO₂-Emissionen in Gesamtdeutschland gesehen werden, auch die Emissionen in den anderen Bundesländern. Wenn Sie die Zahl, nach der Sie gefragt haben, wirklich haben möchten, besorge ich sie Ihnen gerne.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt kommt Herr Kollege Zierer. Bitte.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Klimaschutz nach der Anwesenheit der Abgeordneten gewichtet würde, dann gute Nacht, Welt! Ich sage deutlich: Nicht nur gute Nacht Bayern, sondern gute Nacht Welt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Der Anteil der energiebedingten Emissionen an den gesamten Treibhausgas-Emissionen der Europäischen Union liegt bei ungefähr 80 %. Der wirksamste Schutz und die wirksamste Maßnahme ist daher die Umstellung auf erneuerbare Energien. Von der bayerischen Energieministerin, die jetzt leider nicht da ist, verlautete zuletzt, dass sie immer skeptischer gegenüber erneuerbaren Energiequellen werde, da deren Beitrag zu einer sicheren Grundversorgung zu gering sei. Was will uns die Ministerin damit

sagen? – Doch keine Energiewende? Weiter mit Atomstrom? Diese Fragen muss sie beantworten.

Das Problem sind doch nicht die erneuerbaren Energien, sondern die unflexiblen Energien, zum Beispiel Kernkraftwerke, die auf wechselnde Wetterbedingungen einfach nicht schnell genug reagieren können. Was wir sicherlich nicht brauchen, sind unflexible Grundlastkraftwerke. Wir brauchen jedoch relativ schnell eine mutige Politik, Entscheidungen und Wegweisungen, wie es weitergehen wird. Wir brauchen kein Drücken vor der Verantwortung und keine Politik nach dem Motto: Schau'n wir mal, wo wir keinem wehtun. Wir brauchen kein Handeln nach dem Motto: Wir wollen es jedem recht machen. Das geht nicht. Das wird nie funktionieren.

Die Staatsregierung bezeichnet sich selbst gerne als Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Bei was denn? – Tatsache ist doch, dass Bayern hier immer mehr den Anschluss verliert. In Schleswig-Holstein liegt der Anteil der erneuerbaren Energien beim Stromverbrauch bereits bei 90 %. In Mecklenburg-Vorpommern liegt er bei 88 %. In Bayern sind es nur 35 %, und das auch nur, wenn die jahrzehntealten Wasserkraftwerke dazugerechnet werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade bei Wasserkraftwerken viele Betriebsgenehmigungen bis 2025 auslaufen werden. Was dann? Wenn ich mir die Auflagen der Naturschutzbehörden und der Umweltverbände ansehe, stelle ich fest, dass es noch wesentlich weniger werden.

Der Gipfel der Frechheit ist die 10-H-Regelung. Was damit an den erneuerbaren Energien verbrochen wird, kann ich im Rahmen meiner Redezeit überhaupt nicht beschreiben.

Wie soll es eigentlich nach dem Jahr 2021 weitergehen? Die Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien enden alle im Jahre 2021. Zu diesem Zeitpunkt werden wir erst einen Anteil von 50 % beim Strom erreicht haben. Ich erwarte mir von der Staatsregierung eindeutige Aussagen. Sie soll endlich einmal erklären, mit welchen erneuerbaren Energien sie eine 100-prozentige regenerative Stromerzeugung erreichen will. Sie

sollten dabei nicht nur das Jahr nennen, sondern auch das Jahrhundert. Dies wäre sehr wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Einer der wichtigsten Bausteine für den Klimaschutz wäre ein wirksamer Emissionshandel. In der letzten Legislaturperiode wurde in den Landtag ein Antrag eingebracht, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, sich endlich dafür einzusetzen, dass das Überangebot an CO₂-Zertifikaten verringert wird. Dies hat die CSU-Fraktion leider abgelehnt. Damit können die Betreiber von Kohlekraftwerken weiterhin schmutzige Braunkohle zu Dumpingpreisen einspeisen.

Wir alle wissen: Die Kohle ist Klimakiller Nummer 1. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, deshalb wäre es schön, wenn Sie einmal mit Ihren Parteifreunden in Brandenburg und in Nordrhein-Westfalen über den Klimaschutz sprechen würden; denn diese setzen sich dort vehement für den Kohleabbau und für die Kohleverstromung ein. Das ist einfach so.

Für den Klimaschutz wäre neben der Stromwende die Wärmewende mindestens genauso wichtig. Rund 35 % der CO₂-Emissionen in Bayern entfallen auf den Gebäudesektor. Die CSU ist seit neun Jahren im Bund an der Regierung, und noch immer gibt es kein Programm zur Förderung der steuerlichen Absetzbarkeit von energetischen Gebäudesanierungen. Das ist bedauerlich und schade. Ein Antrag dazu wurde auch abgelehnt. Wir FREIEN WÄHLER fordern seit Langem ein Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude. Bei den Haushaltsberatungen wurde dieser Antrag leider abgelehnt.

Nun komme ich zu den Anträgen der SPD. Sie fordern ein Konzept. Das ist absolut richtig. Sie fordern ein Monitoring. Das ist auch richtig. Nur, mit einem Konzept und einem Monitoring allein werden wir nichts einsparen. Sie müssen auf Ihre Bundespartei einwirken, dass in Bonn die richtigen Beschlüsse dazu gefasst werden.

(Florian von Brunn (SPD): In Berlin!)

- In Berlin, Entschuldigung. – Entscheidend ist natürlich die Umsetzung von konkreten Maßnahmen. Hier gibt es enorm viel zu tun. Dies sollten wir alle, die wir hier sitzen, tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn auf meine Vorrednerin, Frau Schorer-Dremel, eingehen, da sich für mich noch einige Fragen stellen. Sie sagen, es wäre wichtig, dass die Ziele auf der Landesebene festgelegt würden. Das ist aber äußerst problematisch und nicht umsetzbar; denn völkerrechtlich ist die Bundesregierung für den Klimaschutz verantwortlich. Damit sind wir wieder bei der Bundesregierung. In der Aktuellen Stunde waren wir auch schon so weit. Ich kann es nicht mehr hören.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch beim Klimaschutz schieben wir die Verantwortung an den Bund weiter. Sie sagen: Wir haben in Bayern keine vergleichbare Bilanz, deshalb kämen wir in Bayern schlechter weg; unsere Bevölkerung nimmt nichts ab, und wir haben eine Industrie, die sehr viel verbraucht; mit einer vergleichbaren Bilanz könnten wir uns jedoch darstellen und uns gut mit anderen Ländern vergleichen. Dann könnten wir endlich einmal zu einer gewissen Ehrlichkeit kommen.

Momentan sind wir das einzige Bundesland, das immer noch mit der Quellenbilanz arbeitet, also nach dem Verursacherprinzip bilanziert, und nicht parallel auch nach dem Verbraucherprinzip. Es wäre ehrlich, wenn wir endlich einmal sagen würden, was wir verbrauchen. Das müssten wir bilanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist schwer, jemandem beizubringen, dass den Strom, der durch die Verstromung der Braunkohle in Brandenburg gewonnen und zu uns geliefert wird, das Land Brandenburg bilanzieren soll. Erklären Sie mir einmal, wo hier die Gerechtigkeit bleibt.

Das Beste war, als Sie auf die Nachfrage der SPD eingegangen sind. Wenn mehr Erdgas verstromt wird, wollen Sie es doch wieder deutschlandweit bilanzieren, dann möchten Sie wieder umschalten auf das Verbraucherprinzip. Sie picken sich die Rosinen heraus und haben nicht den Mut, einmal zu sagen: Das ist unsere Bilanz; da stehen wir; wo geht's weiter?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Aktuellen Stunde hatten wir bereits eine Diskussion zum Thema Gaskraftwerke/ Klimaschutz; hier noch einmal unsere klare Botschaft: Klimaschutz und ein massiver Einsatz von Gaskraftwerken gehen nicht zusammen. So werden wir die Klimaschutzziele nicht erreichen, die besagen, dass wir als Industrieland im Jahr 2050 95 % weniger Kohlendioxid emittieren sollen. Das heißt: Wir müssen in allen Bereichen konsequent sparen. Im Strombereich ist es am allereinfachsten; bei Wärme und Mobilität werden wir noch sehr große Herausforderungen haben. Deswegen sage ich: Wir scheitern schon an den "low hanging fruits". Ich hoffe, dass Sie nicht mehr an der Regierung sind, wenn's ans Eingemachte geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Ablehnung aller fünf Anträge der SPD, die heute vorgestellt wurden und die ich wirklich sehr begrüße, leisten Sie einen Offenbarungseid; denn diese fünf Anträge wären wirklich konkret umgesetzter Klimaschutz; es geht um eine ehrliche Bestandsaufnahme, eine regelmäßige Erfassung, um Monitoring, um Vergleichbarkeit. Ich habe gerade dargestellt, dass wir uns als einziges Bundesland noch dagegen sträuben. Die Anträge kann man eigentlich nicht guten Gewissens ablehnen; mit Ihrer Ablehnung ist

für mich der Offenbarungseid geleistet: Sie wollen keinen Klimaschutz; Sie wollen so wie bisher weitermachen. Herr Huber hat eben schon gesagt: Bayern ist spitze, Bayern ist toll, die CSU hat Bayern erfunden – ja super. Alles andere interessiert uns nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch total unglaublich!)

- Genau. – Im Antrag II der SPD wird ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept gefordert. Ich würde sehr begrüßen, wenn das auch partizipativ gemacht würde, also gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet würde. Zudem wäre eine Zielvorgabe gut, beispielsweise könnte man sagen: Bis zum Jahr 2017 soll das Ziel erreicht werden. Ganz wichtig wären auch Teilschritte; man sollte nicht immer nur bis 2050 schauen. Das geht uns alles relativ locker von den Lippen; denn 2050 sind nur noch wenige von denen da, die heute hier sitzen. Die Reihen sind heute ohnehin nicht besonders dicht besetzt; der Saal ist relativ leer. Dann wird er auf jeden Fall ganz leer sein.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wollen wir aber nicht hoffen; dann werden doch wohl neue Abgeordnete da sein!)

Wir brauchen klare Ziele, wohin es gehen soll, und Zwischenschritte. Da begrüße ich das Vorbild von Baden-Württemberg sehr: Dort hat man es geschafft, auch die Bereiche Landwirtschaft/Landnutzung in ein integriertes Klimaschutzkonzept einzubeziehen und klar Stellung zu beziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klimaallianz soll fortgeführt und ausgebaut werden, steht hier geschrieben. Wir können dabei durchaus auf vielem aufbauen; es wurde einiges getan. Herr Marcel Huber – er war gerade noch anwesend – ist da durchaus zu loben. Momentan fehlen hier aber komplett die Initiativen. Das Ganze ist eingeschlafen; das bedauern wir sehr. Sie als CSU müssten wirklich das Heft wieder in die Hand nehmen und das Ganze vorantreiben.

Uns ist wichtig: Wir brauchen ehrliche Bilanzen, eine zum Verursacherprinzip und eine zum Verbraucherprinzip. Wir müssen in Bayern wissen, an welchen Stellschrauben zu drehen ist, um Klimaschutz betreiben zu können. Der Verkehrsbereich wurde gerade schon andiskutiert; momentan trägt der Verkehr 50 % zum Endenergieverbrauch bei. Wenn man das runterbricht, ergibt sich damit ungefähr ein Drittel der Kohlendioxidemissionen. Wir haben also im Verkehrsbereich enorm hohe Emissionen, die nicht zurückgehen, wie ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zeigt. Da sind wir in Bayern im Vergleich mit anderen Bundesländern wirklich das Schlusslicht; da müssen wir anpacken. Eine Klimabilanz würde uns zeigen, wo die großen Stellschrauben sind, um das Richtige zu tun und um die Mittel richtig einzusetzen. Die 170 Millionen, die eben von meiner Vorrednerin, Frau Schorer-Dremel, schon erwähnt wurden, finden sich irgendwo im Haushalt; aber in den Bereich Effizienz oder Gebäudedämmung haben Sie nur zehn, fünfzehn Millionen eingestellt. Das sind etwa 0,02 % des bayerischen Haushalts. Das ist ein Witz; so wird Klimaschutz nicht gelingen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir den Klimaschutz auf allen Ebenen anpacken. Wir dürfen nicht immer nur sagen: Der Bund soll machen. Der Bund muss natürlich auch handeln, das ist klar. Aber wir müssen hier in Bayern, in den Landkreisen, in den Kommunen unsere Hausaufgaben erledigen. Der kommunale Klimaschutz muss gestärkt werden; das ist uns ganz wichtig. Da erwarten wir von Ihnen, dass Sie Maßnahmen auflegen, dass Sie die Ergebnisse des Energiedialogs ernst nehmen. Wir haben heute ein paar Mal gehört, wie toll er war – nehmen Sie die Meinungen der Experten also ernst; setzen Sie sie um! Eine Ablehnung aller fünf Anträge der SPD finde ich wirklich bodenlos. Deswegen geht mein klarer Appell an Sie:

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Machen Sie beim Klimaschutz endlich Nägel mit Köpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich den Kollegen Hans Ritt.

Hans Ritt (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich auf eines hinweisen, Herr Kollege Scheuenstuhl: Sie sagen, wie wichtig Ihnen von der SPD die heutigen Anträge sind. Bei Ihrer Vorstellung der Anträge habe ich hier im Plenum elf Kollegen aus Ihrer Fraktion gesehen. Daran sieht man die Wichtigkeit.

(Florian von Brunn (SPD): Aber wir stellen wenigstens solche Anträge!)

- Sie stellen sie, und ich antworte jetzt, Herr Kollege von Brunn. Ich sage Ihnen, dass alle Ihre Anträge seitens der Bayerischen Staatsregierung bereits vollumfänglich erfüllt sind. Sie werden das erkennen. Im Antragspaket der SPD sind Vorschläge zur Reduzierung der Treibhausgase beinhaltet; die Staatsregierung wird zu Handhabungen aufgefordert, die bereits verwirklicht sind; andere Vorschläge sind auf Landesebene nicht sinnvoll respektive nicht durchführbar.

Der Klimaschutz ist eine der wichtigsten Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit – da stimme ich Ihnen zu, Herr Kollege Scheuenstuhl – und zugleich eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Schutz des Klimas und dahin gehende Zielsetzungen haben in Bayern eine lange Tradition und bleiben weiterhin vorrangiges Ziel der Staatsregierung. Der Klimawandel ist eine der existenziellen Zukunftsfragen. Das hat Bayern sehr früh erkannt, wie Sie zum Beispiel an den Bemühungen und Intentionen der Bayerischen Staatsregierung erkennen: Bereits 1987 wies der Freistaat Bayern mit einer Bundesratsentschließung zur Einrichtung eines wissenschaftlichen Klimabeirats auf die Dringlichkeit dieses Themas hin.

Als bevollmächtigter Kaminkehrermeister und qualifizierter Energieberater leiste ich selbst einen entscheidenden Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in Bayern und trage zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung hinsichtlich eines verantwortungsvollen Umgangs mit den Energieressourcen bei. Da die Aufgaben des Kaminkehrers

eng mit den Inhalten des Klimaschutzes verbunden sind, verstehe ich mich selbst als Klimaschutzhandwerker und bekenne mich aufgrund meines beruflichen Hintergrundes zu meiner Verantwortung für den Klimaschutz. Daran erkennen Sie die immense Wichtigkeit des Klimaschutzes für meine Funktion als CSU-Politiker, aber auch seine besondere Qualität in meinem persönlichen Empfinden.

Anhand folgender Argumente möchte ich Ihnen unsere Haltung zu den Anträgen sach- und fachgerecht erklären: Mit dem Antrag auf Drucksache 17/3597 fordert die SPD die Staatsregierung auf, alle Treibhausgasemissionen in Bayern kontinuierlich statistisch zu erfassen. Dies soll Grundlage für ein mit den Bundeszielen vergleichbares Minderungsziel von Treibhausgas-Emissionen auf Basis von CO₂-Äquivalenten für den Freistaat sein. - Für die Zeit ab 1995 werden in Bayern Daten zu den Treibhausgas-Emissionen veröffentlicht und seit dem Jahr 2003 jährlich erfasst, wobei sowohl die energiebedingten als auch die nicht energiebedingten Treibhausgasemissionen enthalten sind. Dies betrifft besonders die Emissionen aus Methan und Lachgas, der Abfallwirtschaft, der Abwasserbeseitigung, der Landwirtschaft, aus Verkehr, aus Prozessen und Produktanwendungen sowie aus Energiegewinnungs-, Energieverteilungs- und Feuerungsanlagen. Die Gesamtstatistik der Treibhausgase in Bayern umfasst alle diese Daten und stellt einen Gesamtwert in CO₂-Äquivalenten dar. Alle Treibhausgas-Emissionen sind beim Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung abrufbar.

(Christine Kamm (GRÜNE): Die Daten sind veraltet, Herr Kollege!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten. Mir liegt jedoch eine Zwischenbemerkung vor. Für die Beantwortung bekommen Sie wieder zwei Minuten Redezeit, wenn Sie Herrn Kollegen Scheuenstuhl zu Wort kommen lassen.

Hans Ritt (CSU): Dann habe ich wieder zwei Minuten?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jawohl, dann haben Sie wieder zwei Minuten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Hans Ritt (CSU): Bitte, Herr Kollege Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Kollege Ritt, selbstverständlich werden die Zahlen der Treibhausgas-Emissionen erfasst. Deswegen steht das Wort "und" in unserem Antrag. Vorhin habe ich das ganz besonderes betont. Wir fordern zusätzlich die Festlegung von Zielen. Anders als die Veröffentlichungen, insbesondere des ehemaligen Umweltministers Huber, sagen wir, dass nur die energiebedingten Emissionen erfasst bzw. bewertet werden. Die Ziele werden immer wieder nur auf die energiebedingten CO₂-Emissionen abgestellt. So kann man keinen Klimaschutz machen. Es geht nicht darum, Zahlen zu jonglieren. Stattdessen müssen wir den Bürgern ehrlich sagen: Das sind unsere Emissionen, und gegen diese müssen wir etwas tun.

Sie und Ihre Kollegin haben eben gesagt: Wir stellen den Klimaschutz in Bayern jetzt ein. Das kann doch nicht unser Ernst sein. Wir können den jungen Menschen, die dort oben sitzen, nicht sagen: Bayern verzichtet ab sofort auf den Klimaschutz. Das wollen wir mit Sicherheit nicht. Im Gegenteil, wir müssen – da müssen Sie mir recht geben – einen Pakt mit den jungen Leuten eingehen, für deren Zukunft wir arbeiten. Wir müssen einen Pakt eingehen und uns für die Klimaziele verbürgen. Wir sollten nicht hergehen und sagen: Wir können nichts machen, die anderen sollen etwas machen. Wenn Sie nicht in der Lage sind, Projekte zu finden, werde ich Ihnen einige zeigen. Wie ist Ihre Meinung dazu?

(Beifall bei der SPD)

Hans Ritt (CSU): Herr Kollege Scheuenstuhl, sowohl die energiebedingten als auch die nicht-energiebedingten Emissionen werden erfasst und dargestellt. Außerdem darf ich Ihnen eines sagen: Wissen Sie, was es weltweit bedeuten würde, wenn wir heute im Landtag beschließen würden, dass Bayern kein CO₂ mehr ausstoßen wird? Der CO₂-Ausstoß in Bayern liegt bei 75,2 Millionen Tonnen. Im Jahr 1990 betrug der CO₂-Ausstoß in Bayern 85 Millionen Tonnen. Die Welt verbrauchte im Jahr 2013 39,6 Milli-

arden Tonnen CO₂. Im Jahr 1990 waren es 22,6 Milliarden Tonnen CO₂. Wissen Sie, was es weltweit ausmachen würde, wenn wir heute beschließen würden, kein CO₂ mehr auszustoßen? – Nichts.

(Widerspruch bei der SPD)

Sicher sind wir uns alle darüber einig, dass Bayern eine Vorbildfunktion erfüllt. Bayern hat im deutschlandweiten Vergleich den CO₂-Ausstoß am stärksten gesenkt. Die bayerische Bevölkerung macht 16 % der deutschen Bevölkerung aus. Die CO₂-Emissionen Bayerns machen mit sechs Tonnen nur einen Bruchteil des deutschlandweiten Schnitts aus. In Nordrhein-Westfalen setzt man verstärkt auf die Kohlekraft. Dort müssen die Anträge gestellt werden, nicht in Bayern. - Frau Präsidentin, habe ich noch kurz Zeit?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ihre restliche Redezeit beträgt 25 Sekunden.

Hans Ritt (CSU): Abschließend darf ich zu den Anträgen der SPD sagen: Sie sind in Bayern vollumfänglich erfüllt. Folglich sind die fünf Anträge abzulehnen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Jetzt hat Staatsministerin Scharf um das Wort gebeten.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die Anträge, die die SPD heute vorlegt, weil sie im Grundsatz einen Konsens zum Ausdruck bringen: Wer Zukunft ernten will, der muss Klimaschutz säen. Wir wissen – das ist heute schon mehrfach angesprochen worden –, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist. Aus meiner Sicht ist Klimawandel die Kulisse, vor der sich unsere Geschichte in diesem Jahrhundert abspielen wird. Am Klimawandel entscheidet sich definitiv das Schicksal von Frieden, Freiheit

und Wohlstand. Jeder verantwortlich Handelnde und jeder Staat, der die Dimension des Problems Klimawandel nicht verstanden hat, ist selbst Teil dieses Problems. Deshalb freue ich mich auch über die bescheidenen Ziele, die in der Einigung zwischen China und den USA zur CO₂-Reduzierung aufgestellt wurden. Sie sind ein wichtiges Signal und ein Schub für die Klimakonferenz in Paris Ende dieses Jahres. Ich freue mich auch über die ablesbaren Erfolge in den kleineren Länder.

Sie sagen: Wir sichern die Lebensgrundlagen unserer Kinder und unserer Enkel. Wir bekennen uns zu einer Politik weit über den nächsten Wahltermin hinaus. Für uns ist Klimaschutz keine Frage der Einwohnerstärke, sondern eine Frage der Charakterstärke.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben heute fünf Anträge vorgelegt, die für mich eines ganz klar zum Ausdruck bringen: dass in diesem Hohen Haus die Klimaschutzpolitik, die wir seit Langem betreiben, noch nicht wirklich angekommen und nicht alles bekannt ist. Wir haben uns schon vor Jahren gegen eine parteipolitische Kurzsichtigkeit und für eine Politik der Weitsichtigkeit entschieden. Das belege ich ganz klar mit dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050, das wir im letzten Jahr gemeinsam verabschiedet haben. Dieses Programm steht breit und fest auf drei Säulen, nämlich Emissionsminderung, Anpassung und Forschung. Dafür haben wir im Doppelhaushalt 170 Millionen Euro bereitgestellt. Ich möchte nicht, dass dieser Betrag kleingeredet wird.

Bereits heute liegen wir bei den Treibhausgas-Emissionen weit unter dem Bundesdurchschnitt – auch das wissen Sie. Allerdings reicht uns das noch nicht aus. Wir wollen die Emissionen bis zum Jahr 2050 auf weniger als zwei Tonnen pro Kopf und Jahr senken. Bis dahin haben wir Zielmarken. Bis zum Jahr 2020 soll der energiebedingte CO₂-Ausstoß auf deutlich unter sechs Tonnen, bis zum Jahr 2030 auf deutlich unter fünf Tonnen reduziert werden.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie haben von einer Reduzierung auf zwei Tonnen CO₂ gesprochen!)

- Bis zum Jahr 2050 wollen wir den CO₂-Ausstoß auf zwei Tonnen reduziert haben. Herr Kollege, bei den Jahreszahlen sollten Sie bitte genau aufpassen. - Ich weiß, das ist ehrgeizig. Für uns ist es keine Option, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir werden uns immer wieder fragen: Wie kann der Klimaschutz in der Region noch verbessert werden? Wie sichert man ökologische und ökonomische Zukunftskraft? Wie stellt man rechtzeitig die Weichen für Nachhaltigkeit und Generationenverantwortung in Bayern? Meine Damen und Herren, in Bayern sind diese Weichen längst gestellt. Das Antragspaket der SPD läuft ins Leere.

Trotzdem nehme ich gerne zu den einzelnen Anträgen Stellung. Ihr Antragspaket Klimaschutz I – so nennen Sie es – fordert die Erfassung aller Treibhausgas-Emissionen und Minderungsziele nach CO₂-Äquivalenten. Dazu haben meine Vorredner schon etwas gesagt. Ich teile Ihnen mit: Bayern erfasst und veröffentlicht Treibhausgas-Emissionen seit Jahrzehnten, seit dem Jahr 2003 auch jährlich. Liebe Frau Kollegin, diese Zahlen sind auch aktuell. Selbstverständlich sind in der Bilanz energie- und nicht-energiebedingte Emissionen enthalten. Herr Kollege Scheuenstuhl, die Daten für Methan und Lachgas sind ebenfalls erfasst. Ebenso werden die Emissionen als Gesamtwert in CO₂-Äquivalenten dargestellt. Schauen Sie sich die Daten einfach noch einmal genau an. Ihr Antrag beruht schlichtweg auf falschen Annahmen. Die Bundesregierung strebt bis zum Jahr 2050 eine Minderung bei Treibhausgasen um 80 bis 95 % an. Das entspricht einem Pro-Kopf-Wert von 0,8 bis 3 Tonnen. Mit unserem Zwei-Tonnen-Ziel, das ich vorhin schon erwähnt habe, liegen wir exakt in diesem Korridor.

Zu Ihrem Antragspaket II, Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für Bayern, kann ich Ihnen nur sagen: Dort, wo jeder zuständig ist, ist auch keiner verantwortlich. Die Menschen erwarten von uns eine ganz klare Definition von Verantwortung und damit zusammenhängend eine ganz klare und optimale Abstimmung mit allen Verant-

wortungsträgern untereinander. Deshalb setzt mein Haus das Klimaschutzprogramm federführend um. Deswegen arbeiten wir mit allen Playern an allen Schnittstellen eng zusammen. Wir setzen auf eine enge Ressortabstimmung anstatt auf ein starres Mammutkonzept. Liebe Damen und Herren von der SPD, aus demselben Grund legen Energieminister Gabriel und Klimaministerin Hendricks kein gemeinsames Konzept im Bund auf. Ich freue mich über diese beiden Zeugen; sie dürften der CSU-Nähe weitgehend unverdächtig sein.

Zum Antragspaket Klimaschutz III, ehrliches Treibhausgas-Monitoring und Klimaschutzbeirat, kann ich Ihnen nur sagen: Das Monitoring machen wir seit 2003, und zwar jedes Jahr. Schauen Sie bitte beim Landesamt für Statistik nach; dort finden Sie die Daten zu jeder Zeit. Das ist für jedermann einsehbar.

Eine Differenzierung zwischen Maßnahmen von Bund, Land und EU ist nicht möglich, weil die Instrumente auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Trotzdem haben wir ein verlässliches Bild von der Wirksamkeit unserer Klimaschutzmaßnahmen in Bayern. Beispielsweise hatten wir 2011 eine CO₂-Intensität von 58 % des Jahres 1991. Das ist ein enormer Fortschritt in Sachen Reduktion der CO₂-Emissionen. Kollege Ritt hat es Ihnen genau dargelegt und anhand von Zahlen belegt – eine klare Bestätigung unserer Klimaschutzpolitik.

Wir handeln nicht aus dem Bauch heraus; wir lassen uns natürlich beraten. Es ist eine gute Idee, einen bayerischen Klimarat zu haben. Wir haben diesen Klimarat seit 2007; er berät uns mit hohem Sachverstand.

Ihr vierter Antrag zielt auf gesetzlich verbindliche Klimaschutzziele. Meine Damen und Herren, das ist ein bisschen so, wie wenn sich der FC Bayern zum Gewinn eines Triple in jeder Saison verpflichtet.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die schaffen es jetzt!)

– Die schaffen es, die haben es schon unter Beweis gestellt.

(Florian von Brunn (SPD): Nehmen Sie sich ein Beispiel daran, Frau Ministerin!)

Gesetzliche Klimaschutzziele auf Landesebene – ich betone: gesetzliche – sind eine Irreführung der Menschen. Jeder weiß, dass beim Klimaschutz die Gesetzgebung von Bund und EU dominiert. Auch das wurde vorher schon erwähnt. Damit ist jedes Klimaschutzgesetz zur Unverbindlichkeit verdammt. Ich zitiere jetzt ein paar Zeilen aus dem baden-württembergischen Gesetz. Dort steht:

Die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent verringert werden ... ; bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um 90 Prozent angestrebt.

Ich betone "soll verringert werden" und "wird angestrebt" – Verbindlichkeit, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Wir stehen in Bayern für die echte Verbindlichkeit. Wir stehen für klar formulierte Ziele. Lesen Sie diese bitte einmal im "Klimaschutzprogramm Bayern 2050" nach.

Zu Ihrem Antrag "Klimaschutz V – Konzept für die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr" sage ich Ihnen nur: Die Staatsregierung hat bereits ein solches Konzept. Wir steigern die Energieeffizienz im Verkehr bis 2020 nachhaltig, und zwar ohne Einschränkung von Mobilität. Dieses Ziel haben wir unter anderem auch in unserem "Klimaprogramm Bayern 2020" verankert. Das von Ihnen geforderte Konzept ist längst vorhanden.

Nicht vorhanden ist dagegen die von Ihnen behauptete Statisticklücke. Das stimmt so nicht. Wir haben uns bewusst für die sogenannte Quellenbilanz entschieden. Damit kann man tatsächliche CO₂-Emissionen pro Land ermitteln. Wichtig ist zu betonen: Diese Quellenbilanz ist der gängige EU-Standard, und sie ist internationaler Standard. An der Stelle darf ich betonen: Der Klimawandel findet global statt. Wir tun gut daran, uns an internationale Standards anzupassen.

Meine Damen und Herren, mein Fazit ist deshalb: Wir haben die Wünsche der SPD schon erfüllt, noch bevor sie sie überhaupt hatte.

(Lachen des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Die Forderungen zum Klimaschutz sind allesamt bereits erfüllt. Ich bitte Sie, die Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sollen wir sie zurückziehen?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Ich habe zwei Zwischenbemerkungen: zunächst Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Ministerin Scharf, ich gehe davon aus, dass Sie heute Nacht ziemlich schlecht geschlafen haben; denn nach dem Ergebnis des Energiedialogs,

(Staatsministerin Ulrike Scharf: Ziemlich gut!)

den Atomkraftstrom eins zu eins durch Gaskraft zu ersetzen, werden wir die Klimaschutzziele, die Sie eben erwähnt haben, unter sechs Tonnen Ausstoß, nie erreichen. Ich würde – erste Frage – dazu von Ihnen gerne eine kurze Stellungnahme hören, wie das funktionieren soll.

Zweitens. Ich habe in der Vorbereitung auf die Rede heute die CO₂-Bilanzen nachgesehen, die Bayern bis jetzt abgeliefert hat. Für das Jahr 2012 ist noch nichts vorhanden. Wir haben jetzt das Jahr 2015. Die aktuellste Bilanz ist aus 2011. Die anderen Bundesländer haben alle schon geliefert. Da ist die Frage: Wann kommen diese Zahlen? Der Einwurf von Frau Kamm ist durchaus berechtigt, dass das alles veraltet ist.

Die dritte Frage betrifft das Verbraucherprinzip. Alle Bundesländer der Bundesrepublik bis auf Bayern bilanzieren mittlerweile nach dem Verbraucherprinzip. Sie bilanzieren zwar nach der Quellenbilanz, aber auch nach dem Verbraucherprinzip. Nur dann kann ich vergleichen und feststellen: Das verbraucht unsere Industrie, das verbraucht der

Verkehr usw. Für eine Verbindlichkeit brauchen wir das Verbraucherprinzip. Welche Begründung haben Sie dafür, dass wir als einziges Bundesland immer noch so bilanzieren? Oder andersherum gefragt: Wann erstellen Sie endlich die Verbraucherbilanz für den CO₂-Ausstoß?

Die letzte Frage betrifft das Konzept Verkehr. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass die CO₂-Emissionen im Verkehr, der Endenergieverbrauch, Jahr für Jahr steigen. Sie sagen, Sie hätten ein Konzept. Dann müsste ich sagen: Nehmen Sie das Konzept und überarbeiten Sie es, oder machen Sie sonst etwas damit. Es muss aber etwas passieren.

Die Anträge der SPD gehen wirklich in die richtige Richtung. Ich finde es sehr schade, dass sie einfach abgelehnt werden. Ihre Antworten dazu würden mich interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte schön.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Kollege Stümpfig, zunächst vielen Dank für die Nachfrage: Ich habe heute Nacht gut geschlafen, so wie ich das meistens tue. – Zu den Zahlen darf ich Ihnen sagen: Ich weiß nicht, bei welchen Quellen Sie nachschauen; meine Daten beschreiben den Stand des Jahres 2014.

Zu Ihrer Frage nach dem Verbraucherprinzip oder der Quellenbilanz kann ich Ihnen nur sagen: Wir gehen nach internationalen Standards vor. Es hat sehr viel mehr Sinn, sich international zu vergleichen. Ich habe es vorhin schon erwähnt – vielleicht haben Sie aufgepasst –: Klimaschutz und Klimawandel finden global statt und nicht regional.

Ganz grundsätzlich muss ich sagen, dass ich mich schon ein bisschen über dieses Selbstbewusstsein von Rot-Grün wundere. Sie sprechen da von Offenheit und Ehrlichkeit und von Verantwortung. Wenn ich mir anschau – jetzt komme ich zu Ihrem Thema Energie -, dass NRW der größte Kohleverbraucher in der Republik ist, der

größte Klimakiller, dann kann ich nur sagen: Dort regiert Rot-Grün. Sie haben zwar jede Menge Kohle, aber keinen Cent Geld.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Schlechte Manieren haben Sie schnell gelernt!)

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Herr Ritt hat uns gerade gesagt, eigentlich sei es egal, was wir in Bayern im Klimaschutz machen, auf uns kommt es eh nicht an. Was sagen Sie denn dazu?

(Zuruf von der CSU)

Zweite Frage: Sie haben gerade gesagt, unsere Anträge seien im Grunde unnötig, sie würden ins Leere laufen. Machen wir im Bereich Verkehr doch einmal den Faktencheck: Der Ausstoß von Treibhausgasen im Sektor Verkehr ist in Bayern anteilmäßig doppelt so hoch wie im Bundesgebiet. Sie sagen das, was Sie immer sagen: Wir haben ein Problem, die Staatsregierung hat zwar nichts gemacht, wir haben aber ein tolles Konzept in der Schublade liegen. – Was bringt uns das Konzept in der Schublade, Frau Staatsministerin? Sie sagen ganz offiziell in Antworten auf Anfragen, eine integrierte Verkehrsplanung findet in Bayern nicht statt. Das ist ein wörtliches Zitat des Innenministeriums. Wenn Verkehr da ist, dann ist Ihre Antwort: Sie bauen Straßen.

Bei allen Projekten im öffentlichen Verkehr haben wir Stillstand und kommen nicht weiter, sei es die Elektrifizierung von Bahnstrecken, sei es das S-Bahn-Netz München usw. Was ist denn konkret Ihr Projekt für einen klimafreundlichen Verkehr? Das würde ich an der Stelle gerne einmal wissen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Ich kann Ihnen erstens sagen, dass der CO₂-Wert bei uns in Bayern noch mit der Beste im Bundesvergleich ist.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt nicht!)

- Das stimmt schon. Dann haben wir unterschiedliche Zahlen.

(Florian von Brunn (SPD): Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!)

- Wenn wir nicht mehr den Zahlen vertrauen sollen, die wir ermitteln, Sorge ich mich um die Vergleichbarkeit.

Herr von Brunn, Sie können sich die Rede nachher noch einmal anhören. Sie wissen, dass wir eine Mediathek haben. Sie können sich nachher alle Antworten, die Sie von mir gerne noch einmal hören möchten, anhören. Ich habe zu jedem einzelnen Antrag von Ihnen ganz klar Stellung bezogen und habe Ihnen die Antworten geliefert. Hören Sie sich das einfach noch einmal an!

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Jetzt drücken Sie sich um die Antwort! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Auch nicht schön!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz zugrunde legen? -Danke schön. Das ist der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind abgelehnt.